

barkeitsdatums vor allem im Unterschied zum Verbrauchsdatum aufgeklärt werden.

■ **Bankenregulierung**

Auch wenn sich auf Bundesebene derzeit wenig tut, ist klar: Im Bereich der Bankenregulierung muss etwas getan werden! Die SPD-Fraktion im Berliner Abgeordnetenhaus treibt daher verschiedene Maßnahmen voran:

■ **Begrenzung von Kreditzinsen**

Es ist ein wirkliches Missverhältnis: Während Banken Fünf-Jahres-Sparbriefe für Zinsen von unter einem Prozent verkaufen, verlangen sie bei Dispositionskrediten oft Zinsen von über zehn Prozent. Wir setzen uns hier für eine Deckelung ein und fordern mittelfristig eine Obergrenze bei acht Prozent.

■ **Keine Bearbeitungsgebühren bei Kreditgewährung**

Seit einiger Zeit verlangen manche Banken bei Kreditgewährungen zusätzliche Bearbeitungsgebühren. Die Gerichte haben aber festgestellt: Dies ist rechtswidrig! Die SPD-Fraktion unterstützt daher eine Berliner Bundesratsinitiative, ein Verbot solcher Gebühren auch gesetzlich zu verankern. Schuldner haben schließlich auch nicht die Möglichkeit, Bonitätsprüfungen von Banken durchzuführen und von diesen Bearbeitungsgebühren zu verlangen.

■ **Basis-Girokonto für alle**

Nach wie vor gibt es Menschen, bei denen die Banken die Einrichtung eines Girokontos aus verschiedenen Gründen ablehnen. Beim Jobcenter und bei den Wohnungsbaugesellschaften gehen diese Menschen deshalb an den Zahlschalter. Es wäre weniger diskriminierend und für die öffentlichen Kassen billiger, wenn alle Menschen ein Girokonto hätten. Wir setzen uns daher für ein Girokonto für alle ein, bei allen Banken und Sparkassen.

■ **Jugend diskutiert mit**

Auch viele Jugendliche sind heute schon verschuldet und rutschen in die Privatinsolvenz. Deshalb ist es wichtig, junge Frauen und Männer schon frühzeitig an Themen des Verbraucherschutzes heranzuführen. Eine Gelegenheit dazu hat das Europäische Jugendforum unter dem Motto „Verbraucher im europäischen Binnenmarkt“ im Abgeordnetenhaus geboten.

■ **Unseriöse Geschäftspraktiken**

Werbung gehört zum Alltag in der heutigen Zeit, doch nicht immer sollte alles erlaubt sein, was nach aktuellem Stand erlaubt ist. Um Kurzschluss-handlungen und unvollständige Informationen bei Vertragsabschlüssen zu vermeiden, hat die SPD bei ihrer Stellungnahme zum „Gesetz gegen unseriöse Geschäftspraktiken“ im Bundesrat gefordert, dass alle telefonisch abgeschlossenen Verträge in Textform bestätigt werden müssen und generell alle Werbeanrufe eine Einwilligung in Textform voraussetzen.

Um weiterhin das Geschäft von sogenannten „Abmahnanwälten“ mit der Ahndung von geringen Urheberrechtsverletzungen im Internet noch unattraktiver zu machen, fordert die SPD, dass in Urheberrechtsstreitigkeiten nur noch dort geklagt werden darf, wo die Verbraucherinnen und Verbraucher wohnen, und nicht mehr deutschlandweit.

■ **Kieznaher Verbraucherschutz**

Im Rahmen des Konzeptes „Kieznaher Verbraucherschutz“ werden Fragen des Verbraucherschutzes direkt vor Ort in den Berliner Kiezen thematisiert. Im vergangenen Jahr wurde das Angebot nochmal sehr stark verbessert: Durch den Einsatz der SPD-Fraktion wurde der Haushaltstitel für das Jahr 2013 um 20.000 Euro aufgestockt und die Verbraucherzentrale führt Angebote nun auch selbst durch.



Für mehr Verbraucher- schutz

SPD-Fraktion
des Abgeordnetenhauses von Berlin
Niederkirchnerstraße 5
10117 Berlin-Mitte
Telefon (0 30) 23 25 22 22
Telefax (0 30) 23 25 22 29
spd-fraktion@spd.parlament-berlin.de
www.spdfraktion-berlin.de
V.i.S.d.P. Torsten Schneider

Berlin **Fraktion
SPD**



*Raed Saleh
SPD-Fraktionsvorsitzender*



*Irene Köhne
Sprecherin für Verbraucherschutz*



*Frank Zimmermann
Arbeitskreisvorsitzender
Recht und Verbraucherschutz*

Für mehr Verbraucherschutz

In einer schnelllebigen und wirtschaftlich zunehmend international verflochtenen Welt werden Fragen des Verbraucherschutzes immer wichtiger. Dabei ist Verbraucherschutz ein breiter Begriff mit vielen Aspekten: Es geht zum Beispiel um unseriöse Praktiken bei Werbung und Vertragsabschlüssen, aber auch um Lebensmittelkontrollen oder die Deckelung von Bankzinsen bei Krediten. Ebenso aktuell sind Probleme von Patienten und Empfängern psychiatrischer Leistungen.

Für uns ist klar: Die Interessen der Verbraucherinnen und Verbraucher müssen ernst genommen werden! Es ist gut, dass es bereits ein großes Netz von Initiativen und Akteuren gibt. Die Zuständigkeit der politischen Gremien reicht von der Europäischen Union über die Bundesregierung bis hin zu den Ländern und Kommunen. Die SPD-Fraktion des Berliner Abgeordnetenhauses möchte mit dieser Broschüre einen Einblick über ihre Arbeit im Bereich Verbraucherschutz geben.

■ Besserer Schutz gegen den Erwerb von „Schrottimmobilien“

Der Bundesrat hat im Juni das „Gesetz zur Stärkung des Verbraucherschutzes im notariellen Beurkundungsverfahren“ gebilligt, das auf eine Berliner Bundesratsinitiative zurückgeht. Nachdem auch der Bundestag bereits zugestimmt hat, kann im September 2013 ein Gesetz in Kraft treten, das Erwerber von Immobilien besser als bisher schützt.

Zentraler Punkt des Gesetzes ist, dass zwischen dem Kaufinteresse und der Beurkundung des Geschäfts eine Frist von mindestens zwei Wochen liegen muss. Der Text des geplanten Rechtsgeschäfts darf dem Kunden nur von dem Notar zugeschickt werden, der das Geschäft später auch beurkunden wird. Wird die Zwei-Wochen-Frist nicht eingehalten, muss der Notar es schriftlich begründen, wenn er trotzdem beurkunden will. Flankiert wird diese Änderung von der geplanten Anpassung der Bundesnotarordnung: Wenn künftig ein Notar wiederholt grob gegen diese Pflichten verstößt, muss er seines Amtes enthoben werden.

■ Qualitätskontrollen von Lebensmitteln

„Gegessen wird, was auf den Tisch kommt!“ Es ist ein altes Sprichwort, das aber nur dann gilt, wenn man wirklich von der Qualität der Produkte und der

Hygiene bei ihrer Herstellung überzeugt sein kann. Umso mehr arbeiten wir dafür, den Genuss wirklich zum vollen Genuss werden zu lassen:

■ Lebensmittelkennzeichnung

Jüngste Vorkommnisse wie der Pferdefleischskandal haben gezeigt, dass in Lebensmittelprodukten nicht immer das drin ist, was draufsteht. Hier fordert die SPD-Fraktion eine konsequente Aufklärung und Anwendung der EU-Normen für die Lebensmittelkennzeichnung. Die Kontrollen sollen verstärkt und Verstöße zunehmend auch als Straftaten geahndet werden.

■ Veröffentlichung der Ergebnisse von Gaststättenkontrollen

Wer Essen geht, möchte, dass in den Gaststätten und Restaurants bestimmte Hygienestandards eingehalten werden. Es gab in Berlin bereits erste Ansätze, auf der Internetseite www.sicher-essen.de die Ergebnisse von Hygienekontrollen in Gaststätten zu veröffentlichen („Hygiene-Ampel“ oder „Smiley-System“). Von Beginn an war es jedoch schwierig, alle Bezirke an einen Tisch zur Veröffentlichung ihrer Kontrollergebnisse zu bekommen. Gesetzliche Änderungen auf Bundesebene sorgten zusätzlich für Verwirrung. Wir setzen uns weiterhin dafür ein, dass zeitnah ein einheitliches Portal mit transparenten

Kriterien und mit einem Kontroll-Barometer als Kennzeichnungsmodell auf den Weg gebracht wird.

■ Lebensmittel Klarheit

Sie sind sich nicht sicher, was bestimmte Kennzeichnungen auf Lebensmitteln bedeuten und ob man diesen vertrauen kann? Auf dem Portal www.lebensmittelklarheit.de klären die Verbraucherzentralen der Bundesländer auf, welche Kennzeichnungen bei Lebensmitteln erlaubt sind und welche nicht.

■ Lebensmittelwertschätzung

Aktuelle Studien bestätigen Medienberichte, dass nach wie vor Lebensmittel aus unterschiedlichen Gründen vernichtet werden. Verbraucherinnen und Verbraucher neigen aus Verunsicherung durch Mindesthaltbarkeitsdaten oft dazu, Lebensmittel wegzuworfen, anstelle diese selbst zu verzehren oder an Hilfsorganisationen wie die Berliner Tafel abzugeben.

Deshalb wollen wir mit einer landesweiten Projektarbeit über einen ökonomischeren Umgang mit Lebensmitteln und die daraus resultierenden Vorteile informieren. Verbraucherinnen und Verbraucher sollen zu einer größeren Achtsamkeit im Umgang mit Lebensmitteln ermuntert werden. Dabei wird verstärkt über die Bedeutung des Mindesthalt-